



BURKAS IN DIE TONNE!

Mit einer Provokation durch vermummende Bekleidung wird der tolerante Staat herausgefordert.

Erst meinte man, ein paar Burkas in Deutschland sind doch egal. Nein, unsere Toleranzgrenze wird getestet.

Kürzlich wurde in einer Fernsehsendung über den Islam in Deutschland die Einkaufsmeile in Bad Godesberg gezeigt. Mehrere Gruppen von in Burkas gekleideter Menschen schlenderten durch die Fußgängerzone. Kaum jemand drehte sich nach ihnen um, anscheinend ein gewohntes Bild. Jetzt beginnt eine politische Diskussion um dieses Bekleidungsstück. CDU-Vizechefin und Zukunftshoffnung Julia Klöckner fordert seit längerem ein Burka-Verbot. Jetzt hat sich auch die bayerische CSU-Vizevorsitzende Ilse Aigner in die Diskussion eingemischt, auch die Touristinnen sollten bei uns keine Burka in der Öffentlichkeit tragen dürfen. In Frankreich herrscht seit langem ein Burka-Verbot, das auch durchgesetzt wird. Wer den Kopf verhüllt, kann nicht identifiziert werden, weder beim Autofahren noch auf Überwachungskameras. Keine Frage, Menschen die sich in Deutschland aufhalten, müssen auch ihr Gesicht zeigen, richtigerweise per Gesetz. Wer in streng muslimisch geprägte Ländern reist, wird ja auch nicht im Bikini zur Moschee laufen, es sei denn, man will Suizid verüben, ausgepeitscht oder gesteinigt werden. Es gehört einfach zum freiheitlichen Staat, dass man sein Gesicht zeigt, statt die Identität zu verbergen. Ob Mann oder Frau, nicht einmal das ist in der Burka klar identifizierbar. Deshalb ist es wünschenswert, eine klare Toleranzgrenze einzuziehen. Bei ihrem Scheich kann die Herzensdame ja an- und ausziehen was sie will, in der deutschen Öffentlichkeit hat die Gesichtsvermummung nichts zu suchen. Es ist ja schlimm genug, dass Bankräuber sie nutzen.



Julia Klöckner



Muslimische „Victoria's Secret“ Show



Der neue Saudi-Smart



Die Polizei passt sich an



Die neue Burka-Barbie



„Die Blonde ist unsere Nichte“



Perfekte Einreisekontrolle



EIN LOB FÜR DIE MACHER

Unternehmen setzt sich gegen Behörden durch

Der Infodienst „Trendscanner“ berichtete kürzlich, Geschäftsführer Hans-Bernd Veltmaat des Traktorenbauers AGCO in Hohenmölsen wollte auf eigene Kosten 90 Flüchtlinge in der renovierten, firmeneigenen Unterkunft beherbergen. Erhoffte Gegenleistung von den Behörden: Er dürfe die Flüchtlinge sofort in seiner Firma ausbilden und beschäftigen. Fünf Monate Gespräche mit fünf Ämtern, Ergebnis NULL. Ministerpräsident, Wirtschafts- und Innenminister angesprochen, Ergebnis NULL. Dann hatte er eine pragmatische Lösung: Die Flüchtlinge machen 2 Wochen genehmigungsfreies „Schnupperpraktikum“, dann 4 Wochen „Hospitanz“, dann 3 Monate „Praktikum“. In diesen 4,5 Monaten könnten die Behörden ja dann eine Beschäftigungs-Genehmigung ausarbeiten. Respekt für soviel Geduld mit der deutschen Bürokratie!

Impressum: reitender-bote.de/impressum



NEU im ABC: B wie Burka
Hier geht's zum Politik-ABC



Alle Updates!
facebook.com/reitenderbote



Alle Ausgaben als PDF in
unserem Archiv:
Hier klicken